

Die großdeutsche Politikerin Emmy Stradal (1877–1925). Biografische Fragmente, politische Kontexte

Abstract: The Pan-German politician Emmy Stradal (1877–1925). Biographical Fragments, Political Contexts. Taking the example of the remarkable political career of Emmy Stradal, a political newcomer at the beginning of the First Austrian Republic who became an active and effective member of the Austrian parliament for the Pan-German People's Party between 1920 and 1923, this article investigates the emerging political culture of the country built out of the remains of the Habsburg Empire after 1918. It suggests that, while the whole interwar period has to be seen from the perspective of the destruction of democracy in the 1930s, the early 1920s can also be analysed as a period of opening up and searching for new political forms, as the existing parties had to adjust to both the altered position of the parliament and women's suffrage. The first part of the paper looks into Emmy Stradal's personal development as the middle-class wife of a senior government official and mother of four children and investigates her proto-feminist opinions, which were expressed in unpublished literary works and drew heavily on Nietzschean philosophy. The second part focuses on her political career within the Pan-German People's Party whose racial ideology of the *Volksgemeinschaft* combined aggressive anti-Semitism with the demand for Austrian union with Germany. It shows how Emmy Stradal tried to build alliances with women from other parties and sought to legitimise her demands for better funding of girls' education within the context of her party's anti-Semitic ideology.

Key Words: Emmy Stradal, German nationalism, anti-Semitism, Pan-German People's Party, Austria, politics, girls' education, women's movement

Als der Abgeordnete zum österreichischen Parlament und vormalige Vizekanzler Felix Frank im Herbst 1925 als österreichischer Gesandter nach Berlin ging, forderten ihn seine großdeutschen Parteikollegen auf, umgehend sein Mandat zur Verfügung zu stellen, damit Emmy Stradal,¹ die bis 1923 als Abgeordnete für die *Großdeutsche Volkspartei* (GDVP) tätig gewesen war, wieder in den Nationalrat eintreten könne. Frank zögerte offenbar, denn ein weiteres Schreiben des Parteibmanns August Wotawa hielt ultimativ fest, dass „Du auf Wunsch der Parteileitung diese Niederlegung Deines Amtes vollziehen wirst.“² Felix Frank fügte sich und am 6. November 1925 erhielt Stradal das Mandat. Der Vorgang erscheint ungewöhnlich, doch dies weniger wegen der dabei zutage tretenden parteiinternen Konfliktlinien und Kommunikationsformen, sondern weil es eine Frau war, zu deren Gunsten die Parteileitung autoritär vorging. Emmy Stradal, die maßgebliche Personen in ihrer Partei so schätzten, dass sie für ihre Reetablierung in der vordersten Linie des politischen Geschehens Konflikte und den Unmut eines hohen Parteifunktionärs in Kauf nahmen, war erst wenige Jahre zuvor, 1919, als vollkommener Neuling ins politische Leben eingetreten. Doch die Nationalratsabgeordnete der Jahre 1920 bis 1923 hatte sich in der kurzen Zeit ihres politischen Wirkens schnell unentbehrlich gemacht. Aufgrund der unerwartet hohen Verluste der GDVP bei den Wahlen 1923 scheiterte Stradals Wiederwahl in den Nationalrat.³ Dies rief in der Partei Bestürzung hervor und löste die Suche nach Möglichkeiten einer Korrektur aus.⁴ Die Bedeutung, die Stradal in der GDVP hatte, kam nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass sie beim Parteitag 1925 als erste Frau zu einer der fünf Stellvertreter/innen des Parteibmanns und damit in die engere Parteileitung gewählt wurde.⁵

Kontexte für diese Konstellation lassen sich auf verschiedenen Ebenen benennen – in der inneren Struktur einer bürgerlichen, deutschnationalen und antisemitischen Sammelpartei ohne breite Massenbasis, in der spezifischen politischen Agenda einer weiblichen Angehörigen des deutschnationalen Bildungsbürgertums und nicht zuletzt auch in den von Ungleichzeitigkeiten und Widerständen gekennzeichneten Transformationsprozessen nach der Einführung des gleichen Wahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts. Diese fanden nach dem Ersten Weltkrieg in einer Reihe europäischer Staaten statt und sind inzwischen auch Gegenstand historischer Untersuchungen geworden, die nicht zuletzt die Beharrungskraft männlich dominierter Netzwerke deutlich machen.⁶ Lassen sich bei den Wegen zum demokratischen Wahlrecht sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, vor allem aber die Bedeutung transnationaler Entwicklungen für die Durchsetzung zeigen,⁷ so gilt es für die darauf folgenden Prozesse von Abwehr und Adaption in den nationalen politischen Kulturen noch genauer zu untersuchen, inwiefern auch hier transnationale Netzwerke und Transferprozesse eine Rolle spiel-

ten. Für vergleichende Zugriffe können biografische Fallstudien wie die hier vorliegende wichtige Grundlagen liefern.

Am Beispiel von Emmy Stradal lässt sich nach Elementen einer nach 1918 entstehenden politischen Kultur fragen, die von der signifikanten Ausweitung der gesellschaftlichen Partizipation an politischen Meinungsbildungsprozessen gekennzeichnet war. Nach einer schrittweisen, durch viele Widerstände erschwerten Entwicklung des Parlamentarismus und nach dem militärisch dominierten Regime der Kriegsjahre⁸ galt zum ersten Mal ein allgemeines und gleiches Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts.⁹ Unter dem Vorzeichen der bald folgenden autoritären Wende und der nur marginalen Einbeziehung von Frauen in politische Entscheidungsprozesse betrachtet,¹⁰ können die ersten Jahre nach dem Krieg gleichwohl als eine Experimentierphase in politischer Integration und Auseinandersetzung verstanden werden. Anhand einer Kontextualisierung von Emmy Stradals Karriere und Agenda soll daher im Folgenden untersucht werden, welche Möglichkeiten sich dem politischen Handeln der bürgerlichen Politikerin am Beginn der Ersten Republik in Österreich boten und wo die Grenzen lagen. Dabei mag heuristisch hilfreich sein, was im historischen Kontext einem tragischen Ereignis geschuldet war: Emmy Stradals politische Karriere blieb auf die sechs Jahre zwischen 1919 und 1925 beschränkt. Nur zwei Wochen nach ihrem Wiedereintritt ins Parlament, am 21. November 1925, verstarb sie nach der Pflege ihres typhuskranken Sohnes Otto an Typhus.¹¹

Das Material, das zur Auseinandersetzung mit Emmy Stradals Biografie zur Verfügung steht, ist sehr begrenzt und gliedert sich in zwei voneinander getrennte Sammlungen von Texten und Dokumenten. Dies ist zum einen ein schmaler Nachlass, der sich in der Familie erhalten hat.¹² Neben wenigen persönlichen Dokumenten, auf familiäre Anlässe bezogenen Schreiben und einigen Fotografien enthält er vor allem (veröffentlichte und unveröffentlichte) literarische Manuskripte, die aus Emmy Stradals schriftstellerischer Aktivität rühren, darunter Kurzgeschichten, Novellen, Theaterstücke, Gedichte und ein Roman.¹³ Ein kurzer maschinschriftlicher Auszug verweist auf ein längeres, nicht dem Nachlass angefügtes „Familienbuch der Familie Stradal“, das ihr Sohn Hermann erstellt hat. Darüber hinaus ist ein Gedenkbuch aufbewahrt, das Todesanzeigen sowie Nachrufe auf die verstorbene Politikerin enthält. Das politische Wirken von Emmy Stradal ist zum anderen ausschließlich in öffentlichen Archivkontexten dokumentiert. Das sind vor allem das Archiv der GDVP, wo Stradal als aktive Funktionärin sichtbar wird, sowie die Stenographischen Protokolle des Österreichischen Nationalrates, in denen ihre parlamentarischen Funktionen, ihre Reden, Diskussionsbeiträge und Anträge zu finden sind. Ergänzend können gelegentliche publizistische Äußerungen in der Parteipresse hinzugezogen werden. Stradals zweifelsohne umfangreiche politische Korrespondenz

muss hingegen als verloren gelten. Vor dem Hintergrund dieser Situation will ich im Folgenden zuerst Fragmente ihrer Biografie rekonstruieren und im Anschluss daran anhand einer Analyse der literarischen Texte Fragen zu ihrer Positionierung zu den Geschlechterverhältnissen und deren Transformation aufwerfen. Schließlich sollen auf Basis der dokumentierten parteipolitischen und parlamentarischen Aktivitäten Stradals politische Agenda dargestellt und ihre Handlungsstrategien anhand ihres Einsatzes für höhere Mädchenbildung exemplarisch analysiert werden.¹⁴ Ziel ist es dabei nicht, ein homogenes Bild einer historischen Persönlichkeit zu erzeugen,¹⁵ sondern Kontexte von Stradals biografischer Entwicklung und ihres politischen Handelns zu untersuchen und anhand der Widersprüche, die dabei deutlich werden, Aufschlüsse über die Handlungsräume einer Vertreterin der ersten Generation von Politikerinnen zu gewinnen.

Am 28. Oktober 1877 als Emilie Maria Sofie Ecker im niederösterreichischen Wolkersdorf geboren, wuchs Emmy Stradal in Stockerau nördlich von Wien auf. Ihr Vater Michael Ecker war Notar in Stockerau, durch ihre Mutter Adele Ecker war sie mit dem aus Mähren stammenden Journalisten Emil Pindter verwandt.¹⁶ Sie besuchte die Volks- und Bürgerschule in Stockerau. Am 11. August 1896 heiratete sie im Alter von nur neunzehn Jahren den um sechzehn Jahre älteren, aus einer deutschböhmisches Familie stammenden Adalbert Stradal.¹⁷ Die Beziehung war vermutlich im Kontext beruflicher Verbindungen der weiteren Familie Ecker gestiftet worden, denn im Nachlass hat sich eine Einladung Adalbert G. Stradals an „Herrn Josef Ecker, Firma Gebrüder Ecker, Farbwarenfabrik, Stockerau“ – vermutlich ein Onkel Emilie Eckers – erhalten. Stradal, Ober-Ingenieur im k. k. Ministerium des Innern, hielt am 8. Februar 1896 im Festsaal des österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereins einen Lichtbildervortrag über „Bautechnische Studien“, die er anlässlich des Laibacher Erdbebens vom April 1895 durchgeführt hatte.¹⁸ Bald nach der Eheschließung wurden die Kinder Hedwig (1898) und Hermann (1899) geboren, später folgten Albert (1905) und Otto (1911). Die familiäre Erinnerung zeichnet das Bild einer bürgerlichen Idylle in Wien Hietzing,¹⁹ die von Emmy Stradals künstlerischen Begabungen geprägt war. So habe man im Familienkreis nicht nur Theaterstücke aufgeführt, die sie verfasst hatte, auch am Klavier habe Emmy Stradal ihre Kinder selber unterrichtet.²⁰ Dass damit Wohlhabenheit verbunden war, darauf verweisen unter anderem Erzählungen von den regelmäßigen Sommerfrischen, die die Familie „mit Sack und Pack und Dienstboten“ absolvierte.²¹ Emmy Stradal stand in engem Kontakt mit ihrer Mutter²² und mit ihrer wesentlich jüngeren, unverheiratet gebliebenen Schwester Adele Ecker, die wie sie in der GDVP politisch aktiv werden sollte.²³ Weitere Informationen über Freundschaften und Netzwerke, Interessen und Aktivitäten Emmy Stradals sind für die Zeit vor ihrem politischen Engagement nicht zu finden. Daher lässt sich auch kaum etwas

darüber sagen, wie sie sich das Wissen, die politischen Überzeugungen sowie die kommunikativen und organisatorischen Kompetenzen angeeignet hatte, die sie in ihrer späteren politischen Karriere beweisen sollte.



Abb. 1: Emmy Stradal im Kreis ihrer Kinder (Privatbesitz Irmgard Heinz)

Literarische Ehekritik

Über die Identität einer bürgerlichen Hausfrau und Mutter hinaus wies Emmy Stradals schriftstellerische Aktivität, die in einer Reihe von Manuskripten und wenigen – zum Teil unter dem Pseudonym Sophie Waydhoff oder posthum erschienenen – Zeitschriftenpublikationen dokumentiert ist.²⁴ Viele ihrer Arbeiten, auch der Roman „Selma“, blieben unveröffentlicht. Ein offenbar im familiären Kontext entstandener Nachruf verbindet die literarischen Werke eng mit dem Leben der Autorin. So heißt es dort, die „Werke eines Dichters“ könnten „nur aus seinem Wesen heraus verstanden werden [...] Und alle, die Emmy Stradal gekannt haben, werden sagen: Diese Frau schrieb sich selbst!“²⁵ Nun mag man den Biografismus dieser Aussage zurückweisen – bemerkenswert bleibt doch, dass hier jemand aus der näheren Umgebung Stradals, vielleicht ihre Schwester Adele Ecker oder auch Stradals Ehemann, dessen Stempel das maschinschriftliche Manuskript des Nachrufs trägt, sie offenbar mit ihren literarischen Figuren identifizierte. Ein Charakteristikum fast

aller ihrer weiblichen Protagonistinnen ist das Unglück, das in der einen oder anderen Weise mit den Beziehungen zu Männern verbunden ist. Bisweilen spielen mütterliche Figuren dabei eine ambivalente Rolle. Symptomatisch dafür ist die kurze Erzählung „Feengeschenke“, die zum zehnten Todestag Stradals in den *Wiener Neuesten Nachrichten* veröffentlicht wurde. Sie handelt von einer Prinzessin, die nach ihrer Vermählung mit einem „mächtigen jungen König“ unerklärlicherweise in tiefe Trübsal verfällt. Ihre kluge Mutter vermutet die Ursache in den Geschenken zweier Feen, die sie achtzehn Jahre zuvor zur Taufe der Prinzessin eingeladen hatte. Und als sie von diesen schließlich erfährt, die eine habe dem schönen Mädchen einen „klaren Verstand“ geschenkt, die andere ein „heißes Herz“, erkennen die drei Frauen bestürzt, dass die junge Königin „immerdar ein unglückliches Weib“ sein werde²⁶ – mit der in der Ehe geforderten Unterwerfung unter den Mann, so lässt sich interpretieren, sind diese Gaben nicht vereinbar. Ist dieser Text als Auseinandersetzung auch mit der Frage zu lesen, wie junge Mädchen auf die Beziehungen zu Männern vorbereitet werden können, so findet sich die Überzeugung, dass diese eine Gefahr für Frauen darstellten, in einem Gedicht, das Stradal 1925 ihrer Schwester Adele Ecker zum 37. Geburtstag widmete. „Herz“ und „Verstand“ treten hier in Widerstreit, aus dem letzterer siegreich hervorgeht. Das Gedicht erzählt die Geschichte einer älteren Frau, die die Verführungen der Liebe zurückweist, um dafür das Lob der „Klugheit“ zu ernten: „Kühl war es rings – die Klugheit stand an meiner Seite und reichte anerkennend mir die Hand“.²⁷

In Stradals kleineren Werken bleibt die Kritik an den Geschlechterverhältnissen in einem in der bürgerlichen Kultur akzeptablen Rahmen: in zumeist märchenhafter Verkleidung wird vor allem das Leiden, nicht der Protest der Frauen sichtbar – Klugheit des Verzichts und Souveränität der Selbstopferung erscheinen als einzige Wege.²⁸ Etwas anders ist dies in ihrem unveröffentlichten, umfangreichen Roman „Selma“, in dessen Zentrum die Kritik an der umfassenden Abhängigkeit von Frauen in der Ehe steht. Das dem Buch vorangestellte Motto, ein Satz aus Friedrich Nietzsches *Also sprach Zarathustra*, macht die Botschaft deutlich: „So sprach zu mir ein Weib: wohl brach ich die Ehe, aber zuerst brach die Ehe – mich!“²⁹ Der schon zitierte Nachruf weist denn auch Nietzsches *Zarathustra* als eines von Emmy Stradals „Lieblingswerken“ aus. Wenn in diesem Zusammenhang die Begeisterung einer bürgerlichen Mutter und Hausfrau für den Philosophen als „seltsam“ vermerkt wird, so wird das umgehend mit Stradals „nationalem Empfinden“ erklärt, das sie „zu dem größten deutschen Denker“ hingezogen habe.³⁰ Fragen nationaler Identität oder auch von kultureller Differenz spielen allerdings in den erhaltenen literarischen Texten Emmy Stradals kaum eine Rolle. Vielmehr zieht sich als zentrales Thema ein von Missverständnissen und oft auch unvereinbaren Gegensätzen gekennzeichnetes Verhältnis der Geschlechter durch alle Werke – der Nachruf übersetzt dies ideali-

sierend in den Satz: „In allen ihren Schriften feiert sie die Liebe als einigendes Band der Menschheit [...]“.³¹

Emmy Stradals Nietzsche-Lektüre verbindet sie mit einer ganzen Reihe von Schriftstellerinnen und Feministinnen ihrer Zeit.³² Denn im Gegensatz zu den frauenfeindlichen Äußerungen, mit denen Nietzsche so gerne zitiert wird, fanden Frauen in seinem Werk eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten, die sie für die Formulierung ihrer Forderungen nach Befreiung aus dem engen Korsett bürgerlicher Konventionen nutzen konnten. Bei ihrer Suche nach neuen Lebensformen und Möglichkeiten zur Veränderung der Geschlechterbeziehungen bezogen sie sich auf Nietzsches radikalen Bruch mit dem Althergebrachten und seinen Aufruf zur Lebensreform, zur „Umwertung aller Werte“. Insbesondere der Lektüre des *Zarathustra* wurde dabei eine befreiende Wirkung zugeschrieben³³ und sein auch Frauen gegenüber geäußertes „Werde der/die du bist“³⁴ wurde als Bestärkung auf der Suche nach weiblicher Individualität gelesen. Eine zwispältige Rolle spielte die Idealisierung der Schwangerschaft, die Kritikerinnen wie Hedwig Dohm zum Widerspruch reizte, anderen – wie etwa Franziska zu Reventlow – als Rechtfertigung lediger Mutterschaft diente.³⁵ In besonders radikaler Weise knüpfte Helene Stöcker an Nietzsche an. Sie las sein Werk als Kritik an den Deformationen der Weiblichkeit durch Unterdrückung und forderte nicht nur eine neue, lebensbejahende Auffassung von Sexualität, sondern verfolgte auch das Ziel einer „grundsätzlichen Umgestaltung der moralischen und rechtlichen Normen des Geschlechtslebens“, zu der sie die Emanzipation der Mütterlichkeit aus männlicher Kontrolle ebenso wie die Straffreiheit der Abtreibung zählte.³⁶ Anknüpfend an Nietzsches Begriff des Individuums forderte Stöcker für Frauen „(n)icht nur die Möglichkeit, Zahnarzt oder Rechtsanwalt zu werden“ sondern eine „neue Menschheit – Männer und Frauen“ – [...], die Ja sagen dürfen zum Leben und zu sich selber“.³⁷

Nun ist nicht festzustellen, ob Emmy Stradal die Vorschläge der deutschen Frauenrechtlerin kannte, doch ihr düsterer Roman „Selma“ lässt sich durchaus als eine Begründung für Stöckers Forderungen lesen. Erzählt wird die Geschichte einer mittellosen, alleinstehenden jungen Frau, die an männlichen Herrschaftsansprüchen und veralteten Moralvorstellungen zerbricht. Anstatt als Lehrerin ein selbständiges Leben zu führen, stürzt sie sich durch die Heirat mit Viktor, einem reichen Adeligen, der in ihr eine willenlose Untergebene sucht,³⁸ ins Verderben. Dem Gewaltverhältnis stellt die Autorin das idealisierte Bild einer Seelenfreundschaft zwischen Selma und ihrem von seiner reichen Frau gegängelten Schwager Ernst gegenüber, zieht allerdings die Möglichkeit einer platonischen Liebe, wie sie die beiden für sich entwerfen, in Zweifel.³⁹ Viktors zynischer Jugendfreund Rottmann, ein Arzt, der wegen der Selma vorgeworfenen Kinderlosigkeit der Ehe hinzugezogen wird, verführt die unnahbare Schönheit, ist aber keineswegs bereit, sie aus ihrer unglücklichen Ehe zu

befreien. Selma – bald unerwartet schwanger – gerät in völlige Verzweiflung angesichts der Vorstellung, ihrem (offenbar zeugungsunfähigen) Gatten das Kind eines Anderen unterzuschieben. Als dieser – nichts von der Affäre ahnend – sie zwingen will, Rottmann als Arzt zu konsultieren, begeht sie Selbstmord. Der Text überlässt es der Leserin und dem Leser, Schlüsse aus dem fatalen Endpunkt der Handlung zu ziehen. Dazu geben allerdings die zumeist in Dialoge verpackten, bisweilen auch mit der Stimme der Autorin formulierten Erörterungen der modernen Geschlechterverhältnisse immer wieder Anlass.

Die ausführlichen Gespräche zwischen dem älteren und gebildeten Ernst, Bezirkshauptmann im nahen Städtchen, und der von ihrem Mann in Weltabgeschiedenheit gehaltenen Selma, deren „neue Ideen“ unter anderem aus ihrer Nietzsche-Lektüre rühren,⁴⁰ nützt die Autorin, um politische und soziale Fragen anzusprechen. So schwingt die in ihrer Ehe bald unglückliche junge Frau in der traulichen Laube des Schlossgartens aufrührerische Reden und meint, die Ehe stelle ein „Hemmnis für die freie geistige Entwicklung des Einzelnen“ dar.⁴¹ Sie kritisiert nicht nur die lebensfernen Normen der Kirche, sondern auch das enge Korsett der gesellschaftlichen Regeln: „Die Pflicht ist der neue Götze, den man uns aufstellt, uns, die wir uns von Pfaffenmärchen freigemacht, und nicht besser, nicht ein wenig besser ist es.“⁴² – „Du solltest Vorträge halten, als Frauenrechtlerin ...“, scherzt Ernst in einem solchen Gespräch und fügt galant hinzu: „Man behauptet nämlich immer, nur alte Jungfern oder hässliche Weiber fordern die Emanzipation, ... [...] Dir könnte man nichts derlei nachsagen.“⁴³ Damit spricht er zugleich das Konzept des Romans aus: Die Protagonistin ist schön, ohne Tadel und am Beginn ihrer Ehe willens, sich vollkommen ihrem Mann zu unterwerfen. Denn ihre früh verwitwete Mutter hat ihr nicht nur ein idealisiertes Bild des Ehelebens als das „Paradies des Daseins“ gemalt, sondern zugleich Schweigen, Leiden und Vermeidung jeden Konfliktes von Seiten der Frau zur Voraussetzung einer glücklichen Ehe erklärt.⁴⁴ Selma glaube daher, dass „Friede und Glück [...] nur am Wege schrankenlosester Fügsamkeit und Hingabe zu finden“ seien und ist sich nicht im Klaren darüber, „daß ihre fast sklavisches Unterwürfigkeit Viktors Herrschaft bis ins Maßlose steigerte“.⁴⁵ Die Autorin kritisiert die weltfremde „Erziehung der verbitterten überspannten Mütter“ zur „schmerzlichen Selbstverleugnung“⁴⁶ und beklagt, dass „[d]ie Frau, die täglich jammerte und klagte, dass sie ihr Kind einst schutzlos in der Welt werde lassen müssen, [...] nichts [tat] [,] um dieses junge Wesen lebensstüchtig zu machen“.⁴⁷ Die Protagonistin Selma erkennt mit ihrem klaren Verstand bald, welche Beschneidung persönlicher Freiheit und Individualität die Ehe für Frauen bedeutet, doch zieht sie höchst pessimistische Schlüsse aus ihren Beobachtungen. Sie beklagt, dass Frauen nicht wie Männern „die Betätigung“ eines „Jugendrechtes“ gegönnt sei und sie daher „vom Leben das Große und Herrliche, das Ihr Euch nehmen dürft“ immer noch erwar-

teten: „Wir [...] glauben, es liege hinter jenem Vorhange, den man so sorgfältig vor unseren Augen schließt und so suchen wir es in der Ehe, und schließen uns dadurch von der Möglichkeit aus, es je zu erreichen.“⁴⁸

Die meisten Figuren des Romans sind – oft auch namentlich gekennzeichnet – eindeutige Charaktere und stehen für „brutale Männerherrschaft“,⁴⁹ aus der es keinen Ausweg zu geben scheint. Gleichwohl deutet die Autorin mehrere alternative Entwicklungsmöglichkeiten der Geschichte an – so etwa die Veränderung der Konstellation durch ein Kind. Wenn dabei zeitgenössische Debatten zu Schwangerschaft und Mutterschaft anklingen, so ist das Bild, das Stradal entwirft, ambivalent. Sie schildert etwa eine Begegnung Selmas mit einer von vielen Schwangerschaften abgehärmten Arbeiterin,⁵⁰ die ihre Kinder nicht ernähren kann. Ihre Protagonistin verbindet jedoch mit der so lange ersehnten Schwangerschaft in keiner Weise die ‚Heiligkeit‘ und den Heroismus, den andere Nietzsche-Anhängerinnen bevorzuehender Mutterschaft abgewinnen.⁵¹ Einen anderen Weg legt Stradal in ihrer Darstellung der Beziehung zwischen Ernst und Selma nahe, wenn sie dramatische Szenen versagter Sexualität schildert und darin das Wirken von „Naturgesetze[n]“ erblickt, die durch Einhaltung gesellschaftlicher Normen nicht einzudämmen seien.⁵² Sie lässt den Seelenfreund Ernst an der Bahre der Toten die Möglichkeit der „Freiheit“ in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern als Wagnis erkennen, das Selma das Leben hätte retten können. „[...] wer hat zumeist an ihr verbrochen?“ fragt er sich, der herrschsüchtige Ehemann oder der skrupellose Verführer? Oder gar er selbst?

„[Er], [d]er sie erkannt und verstanden, dem sie ihre Seele und all ihr Fühlen und Denken geschenkt, und der in kleinlicher Furcht vor uralten morschgewordenen Schranken menschlichen Tugendwahnes den Flug ins Land der Freiheit nicht gewagt.“⁵³

In gesellschaftspolitische Positionen übersetzt kann dies als ein Eintreten für die Trennbarkeit der Ehe und eine Möglichkeit zur Wiederverheiratung, vielleicht sogar als ein Plädoyer für die Anerkennung von Beziehungen jenseits der Ehe gelesen werden. „Es fehlt nur noch, dass Du für die freie Liebe eintrittst,“⁵⁴ meint Ernst, nachdem Selma begeistert von der Freiheit gesprochen hatte.

Ähnlich ambivalent wie Ernst ist die Mutter gezeichnet. Sie ermöglicht Selma zum einen die Ausbildung zur Lehrerin und damit ökonomische Unabhängigkeit, zum anderen stellt sie ihr die Ehe nicht nur als das eigentliche Ziel dar, sondern rüstet sie zudem schlecht dafür. Die Forderung nach einer Reform der Mädchenerziehung schwebt damit mehr als deutlich über der Erzählung. Emmy Stradal benannte in ihren literarischen Arbeiten also drei Konfliktzonen: die Erziehung der Mädchen, die gesellschaftliche Wertung und Organisation der Mutterschaft und die Konventionen und Normen der Ehe. Ob sich damit eine Einbindung in Aktivitäten der Frau-

enbewegung verband, muss angesichts der fragmentarischen Überlieferung zu ihrer Biografie offen bleiben. Untersuchen lässt sich aber, inwiefern Stradal die Themen ihrer literarischen Texte in ihrer politischen Agenda aufgriff.

Eine politische Karriere

Zur Politikerin wurde Emmy Stradal kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges, als sie 1919 in Vertretung ihres verhinderten Mannes eine Veranstaltung der kurz zuvor gegründeten *Nationaldemokratischen Vereinigung* besuchte und dort als gänzlich Unbekannte durch eine spontane Wortmeldung zur Lage der „Sudetendeutschen“ Aufsehen erregte und zur Mitarbeit aufgefordert wurde – so will es jedenfalls die in Nachrufen mehrfach wiederholte Erzählung.⁵⁵ Stradal hatte offenbar Interesse und sah sich auch in der Lage, sich politisch zu engagieren. Die beiden älteren Kinder der 42-jährigen Beamtingattin waren erwachsen, die jüngeren Söhne vierzehn und acht Jahre alt. Stradals Ehemann war mit 58 Jahren bereits im Ruhestand.⁵⁶

Hinter dem *topos* vom zufällig entdeckten politischen Talent steckt allerdings auch ein großer Bedarf nach solchen Entdeckungen: Die bürgerlichen politischen Eliten wurden vom gleichen Wahlrecht und der damit einhergehenden Notwendigkeit, Frauen verstärkt einzubinden, um das große weibliche Elektorat adressieren zu könnten, vielfach überrascht. Außerhalb der Sozialdemokratie, wo Frauen seit mehreren Jahrzehnten auf ihre gleiche Beteiligung an den Parteiagenden drängten, gab es allerdings keine politischen Frauenorganisationen. In den bürgerlichen Parteien hatte man sich kaum um die gezielte Rekrutierung von Aktivistinnen bemüht.⁵⁷ Die *Nationaldemokratische Partei*, der sich Emmy Stradal 1919 anschloss, ging schon im darauffolgenden Jahr in der GDVP auf, die als Vereinigung einer Reihe kleinerer deutschnationaler Parteien und Gruppierungen sowohl der Sozialdemokratie als auch den Christlichsozialen entgegengestellt werden sollte. Anders als diese verfügte sie allerdings nie über eine Massenbasis oder auch nur über ein geordnetes Mitgliedschaftswesen und die faktischen Entscheidungen lagen in der heterogenen und in ihren Strukturen wenig formalisierten Vereinigung bei einigen aktiven Politiker/inne/n.⁵⁸ Die politische Bedeutung der Partei und die Macht ihrer zentralen Akteure lag vor allem darin, über mehr als ein Jahrzehnt – von 1920 bis 1932 – als Juniorpartner der *Christlichsozialen Partei* eine bürgerliche Mehrheit zu sichern.⁵⁹ Die zentrale politische Forderung der GDVP war der Anschluss Österreichs an Deutschland. Doch diese Agenda war parteiübergreifend und wurde im Zuge der Regierungsbeteiligung der Großdeutschen in pragmatische Ziele wie die sukzessive Rechtsangleichung oder die wirtschaftliche Kooperation mit dem Deutschen Reich transformiert. Fest mit der *Christlichsozialen Partei* verband die Groß-

deutschen der dezidierte Antimarxismus, auch wenn sich mit den Sozialdemokrat/inn/en durch gemeinsame antiklerikale Positionen Berührungspunkte ergaben. Das hervorstechendste ideologische Charakteristikum der GDVP aber war ihr programmatischer Antisemitismus, der ein konstitutives Element der völkischen Konzeption des politischen Gemeinwesens als ‚Volksgemeinschaft‘ darstellte. Figurierte die Realisierung dieser Gemeinschaftsvorstellung als zentrale Zielsetzung der Partei, so hieß es im ausführlichen Abschnitt zur ‚Judenfrage‘ des Gründungsprogramms von 1920, dass „der Gedanke der Volksgemeinschaft und der jüdische Geist als zwei unversöhnliche Gegner einander gegenüber“ stünden.⁶⁰



Abb. 2: Emmy Stradal Anfang der 1920er Jahre (Privatbesitz Irmgard Heinz)

Die geschlechterpolitische Agenda der GDVP ist von der antisemitischen Programmatik der Partei nicht zu trennen – dies umso weniger als großdeutsche Aktivistinnen dem völkisch formulierten Konzept der ‚Volksgemeinschaft‘, das auf den Ausschluss von Juden und Jüdinnen gegründet war, zugleich aber ‚Deutsche‘ ausländischer Staatsbürgerschaft einbezog, zentrale Bedeutung zumäßen. Im Partei-

programm von 1920 erscheinen Frauen daher stärker als Männer als „die beruflichen Vorkämpferinnen des Gedankens der Volksgemeinschaft“. Im Zentrum der Argumentationen stand dabei nicht zuletzt der Begriff der Mutterschaft, mit deren Bedeutung für das ‚Volk‘ großdeutsche Politikerinnen ihre Forderungen zur Verbesserung der Situation von Frauen begründeten. Diese betrafen bessere Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen ebenso wie die angestrebte Reform des Eherechts oder die Schaffung von Hauswirtschaftskammern – ein Modell, das von der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung übernommen worden war.⁶¹

Emmy Stradal gehörte vor der Gründung der GDVP im August 1920 dem geschäftsführenden Ausschuss der *Nationaldemokratischen Partei* an⁶² und wurde 1921 beim ersten Reichsfrauentag zur Vorsitzenden des Reichsfrauenausschusses der GDVP gewählt.⁶³ Innerhalb von kaum zwei Jahren hatte sie damit die höchste Position innerhalb der neu gegründeten großdeutschen Frauenorganisation erreicht und war durch diese Funktion, die sie bis zu ihrem Tod 1925 ausübte, sowohl Mitglied der Reichsparteileitung der GDVP als auch des die Geschäfte führenden „Aktionsausschusses“ und vertrat zudem häufig den Parlamentsklub in der Parteileitung.⁶⁴ Ob sie um diese Spitzenposition kämpfte oder ob sie sich als Einzige umfassend auf die damit verbundenen Aufgaben einzulassen bereit war, ist nicht feststellbar. Zeigen lässt sich aber, dass eine Reihe jener Frauen, die später die Frauenpolitik der GDVP repräsentieren sollten, so Lotte Furreg, Vilma Kuch, Hilda Kurz, Margarete Miltschinsky und Maria Schneider,⁶⁵ aus der *Nationaldemokratischen Partei* kamen, die mit Emmy Stradal eine der ihren zur zentralen Frauenfunktionärin in der GDVP gemacht hatten. Stradal nahm in der Folge eine Reihe von weiteren zentralen Funktionen in der Partei wahr, so als Vorsitzende des Landesfrauenausschusses für Wien und Niederösterreich gemeinsam mit Marie Heinisch, als zweite Obmannstellvertreterin der Partei für Wien ab 1924⁶⁶ und ab 1925 als Parteiobmannstellvertreterin der Gesamtpartei.⁶⁷ Darüber hinaus wirkte Stradal auch bei der Schaffung großdeutscher Vorfeldorganisationen für Frauen maßgeblich mit, so etwa 1921 als Proponentin des *Verbandes deutscher Frauen „Volksgemeinschaft“*⁶⁸ und 1923 als Mitglied des Proponentinnenkomitees des *Reichsverbandes deutscher Frauenvereine in Österreich*, eines Dachverbandes deutschnationaler antisemitischer Frauenvereine.⁶⁹ Von beiden Vereinen wurde sie zur Vorsitzenden gewählt.⁷⁰

Emmy Stradals Parteikarriere war eng mit ihrer raschen Profilierung als Parlamentarierin verbunden. Im November 1920 zog sie auf einem Reststimmenmandat als einzige Frau in die 28-köpfige Parlamentsvertretung der GDVP in den Nationalrat ein. Dies obwohl in der vorangegangenen Gesetzgebungsperiode Lotte Furreg für einige Wochen dem verstorbenen Adam Müller-Gutenbrunn in die Konstituierende Nationalversammlung nachgerückt war.⁷¹ Möglich, dass als ein Hintergrund für diese Entscheidung Stradals sehr aktives Auftreten beim nationaldemokrati-

schen Parteitag 1920 zu sehen ist.⁷² Im Nationalrat fand sich die Neuparlamentarierin in einem stark männlich dominierten Umfeld wieder. Für die mit 85 Mandaten stärkste Fraktion, jene der *Christlichsozialen Partei*, zog am 11. November 1920 zunächst gar keine Frau ins Parlament ein. Mit Olga Rudel-Zeynek, die den Grazer Kaspar Hosch ersetzte, wurde allerdings wenige Wochen später eine weibliche Vertreterin installiert und mit Aloisa Schirmer im Juni 1921 eine zweite. Anders war dies bei der mit 63 Mandaten vertretenen *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (SDAP), für die acht Frauen in den Nationalrat einzogen. Die Zahl von insgesamt zwölf weiblichen Abgeordneten in dieser Gesetzgebungsperiode sollte für die gesamte Erste Republik den quantitativen Höhepunkt darstellen – zwischen 1923 und 1930 sollte die GDVP gar keine Frau mehr entsenden, ab 1927 galt dies auch für die Christlichsozialen.⁷³ Festhalten lässt sich, dass der Einzug von Frauen als Ersatz für verstorbene oder ausscheidende Männer oder auch auf einem Reststimmenmandat so ungewöhnlich nicht war.⁷⁴ Die Bereitschaft in den von männlicher Konkurrenz dominierten Parteistrukturen war gering, Frauen wählbare Positionen der Kandidatenlisten zu überlassen. Dies gelang am ehesten dort, wo es wie bei der SDAP eine traditionsreiche Frauenorganisation gab. Zugleich scheint zumindest am Beginn der Ersten Republik auf der Ebene der Parteiführungen eine gewissen Notwendigkeit gesehen worden zu sein, der Öffentlichkeit auch weibliche Repräsentantinnen vorzuführen – dies wurde dann bisweilen durch ein Nachrücken von Frauen auf frei werdende Positionen bewerkstelligt.

Im Parlament zeigte sich Emmy Stradal bald als eine aktive Politikerin. Sie gehörte dem Ernährungsausschuss, dem Ausschuss für soziale Verwaltung und dem Sonderausschuss zum Schutz der Kleinrentner als Mitglied – letzterem auch als Obmannstellvertreterin – sowie einer Reihe weiterer Ausschüsse als Ersatzmitglied an⁷⁵ und meldete sich in den Bereichen Erziehung, Jugend und Soziales immer wieder zu Wort. Ihre parlamentarischen Reden und Anträge bezogen sich neben ihrer zentralen Agenda der Mädchenerziehung unter anderem auf Ernährungspolitik unter den Bedingungen der ökonomischen Krise,⁷⁶ auf die angesichts der Geldentwertung katastrophale Situation der Bezieherinnen und Bezieher von Mindestrenten⁷⁷ sowie auf Projekte der Jugendfürsorge. Sie setzte sich – gemeinsam mit der Christlichsozialen Olga Rudel-Zeynek – vor allem für die Jugendgerichtshilfe ein.⁷⁸ Stradals Interventionen waren häufig mit konkreten Initiativen verbunden und fußten auf detaillierter Sachkenntnis wie auch auf penibler Vorbereitung der Anträge in politischen Netzwerken – so etwa wenn sie gegen die Streichung der Unterstützung von Sommererholungsaktionen für 1923 protestierte und zu ihrem Antrag auf Wiedereinführung nicht nur einen Finanzierungsvorschlag vorlegte, sondern sich auch der Unterstützung des zuständigen Ministers und der Zustimmung der anderen Parlamentsfraktionen versichert hatte.⁷⁹ Auch zu außenpolitischen Fragen

äußerte sich Stradal immer wieder. Dies konnte im Kontext einer Debatte über die exorbitanten Fleischpreissteigerungen geschehen, bei der sie zum Schluss gelangte, dass nur der Anschluss an Deutschland die wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen könne,⁸⁰ aber auch in Form einer außenpolitischen Rede zum Vertrag von Lana, in der sie auf die Situation und Politik der ‚Sudetendeutschen‘ einging. Sie begründete darin die – zum Koalitionsbruch führende – Ablehnung ihrer Partei gegenüber dem Abkommen mit der Tschechoslowakischen Republik, wiewohl dieser Österreich dringend benötigte Kredite bringen sollte.⁸¹ Stradal postulierte für die „deutschen Frauen“, dass ihnen „mehr als dem Manne“ die „Erhaltung des Volkes“ und die „Erhaltung der eigenen Nation“ zentrale Werte seien. Die GDVP verweigerte die Ratifizierung des Vertrages, da dieser die Anerkennung der gegenseitigen Grenzen der beiden Länder vorsah und damit die Forderungen der deutschsprachigen Bevölkerung in der Tschechoslowakei ignorierte.⁸² Eine rassistisch formulierte Verbindung von Identitätspolitik und ökonomischen Fragen wurde deutlich, wenn Emmy Stradal Volksernährung und Lebensmittelbewirtschaftung unter antisemitischen Vorzeichen als Aufgabe der „Volksgemeinschaft“ diskutierte.⁸³

Was die im Roman „Selma“ angesprochenen geschlechterpolitischen Fragen betrifft, so gelangten aus Gründen der Koalitionsräson weder die von großdeutschen Politikerinnen angestrebte Reform des Eherechts⁸⁴ noch die Frage einer Lockerung oder Aufhebung des Abtreibungsverbotes während Stradals Zeit als Abgeordnete auf die parlamentarische Agenda. Was die Abtreibung betraf, war es Stradal selbst, die 1924 im Parteiblatt *Deutsche Zeit* begründete, warum sich die großdeutschen Frauen nicht der diesbezüglichen Initiative der SDAP anschließen konnten, sondern nur medizinische und eugenische Indikationen gelten lassen wollten. Stradal anerkannte die gravierenden sozialen Probleme, die mit einer ungewollten Schwangerschaft verbunden sein konnten, verwies jedoch auf den notwendigen Kampf gegen den Geburtenrückgang und stellte damit die ‚nationale Frage‘ über die Frauenpolitik. Als Lösung empfahl sie zum einen ökonomische Unterstützungsleistungen für betroffene Familien, zum anderen Toleranz gegenüber ledigen Müttern, da doch, so die Nietzsche-Anhängerin, „die Mutterschaft als etwas Entsündigendes und Heiliges“ aufzufassen sei.⁸⁵

Mädchenbildung als antisemitisches Projekt

Emmy Stradals vordringlichste politische Agenda war zweifelsohne die Mädchenbildung. Ihre erste parlamentarische Rede, die sie anlässlich der Budgetdebatte im März 1921 hielt, galt diesem Thema.⁸⁶ Sie machte den Staat für eine grundlegende Verbesserung verantwortlich. Dieser nämlich habe „unendlich viel“ für die Bildung

der Knaben, aber „[s]o gut wie nichts“ für die Bildung der Mädchen getan. Dies aber sei unumgänglich notwendig – nicht nur, weil die „sozialen Verhältnisse“ Frauen ins Erwerbsleben zwangen oder weil diese nun einen größeren „Bildungsdrang“ zeigten, sondern „hauptsächlich deshalb“, weil durch die politische Gleichberechtigung „[die Frau] endlich jene Stellung erlangt hat, die ihr natürlicherweise in jedem Aufbau des Staates zufallen muß“.⁸⁷ Sie sprach aus einer rhetorischen Position der Stärke, wenn sie ihre Forderung nach gleicher staatlicher Unterstützung der Mädchenerziehung nicht als partikulares Ziel, sondern als politische und ökonomische Notwendigkeit für die Gesellschaft darstellte. Zugleich ging Stradal äußerst pragmatisch vor und hatte einen ausformulierten, sachlich präzisen – und wie sich herausstellen sollte auch bereits gut abgesprochenen – Resolutionsantrag mitgebracht. Sie forderte, dass die Regierung die „Verstaatlichung von Mädchenmittelschulen“ in Angriff nehme und dafür mit der Übernahme einzelner Lehrkräfte dieser Schulen in den Staatsdienst, der Umwandlung der allgemein als wenig sinnvoll angesehenen Mädchenlyzeen in staatliche Frauenschulen mit sozialer Ausrichtung sowie schließlich mit der Schaffung von Stipendien für Mädchenmittelschulen erste Schritte setze.⁸⁸

Um diese Forderungen plausibel zu machen, gab Stradal einen Überblick über die unterschiedlichen Schultypen für Mädchen und sprach die damit verbundenen Möglichkeiten, aber auch die Grenzen und Schwierigkeiten der Mädchenbildung an. Die Begründung ihrer Forderungen bestand aus zwei Elementen – dies war zum einen ein polares, auf die Familie als „Grundstein des Staates“⁸⁹ aufbauendes Geschlechterkonzept, zum anderen die Überzeugung, dass eine Veränderung der Geschlechterbeziehungen unumgänglich sei. Es gelte eine „neue Frau“ zu erziehen. Um das zu erreichen, forderte Stradal unter anderem die Einführung eines obligatorischen Frauenschuljahres für Mädchen nach der achten Schulstufe.⁹⁰ Breiten Raum nahm in ihrer Ausführung die aus den Mädchenlyzeen zu schaffende „neue Type von Frauenschulen“ ein, in denen Mädchen „Verständnis für die soziale Pflicht“ entwickeln und als die Erzieherinnen der „kommende[n] Generation der Republikaner“ auch politisch gebildet werden sollten. Vor allem aber betonte sie, dass die Frauenschulen nicht wie die Lyzeen, die keinen Universitätszugang eröffneten, ins bildungsstrategische Abseits führen sollten, sondern als Vorstufe für eine „Akademie für soziale Fürsorge“ dienen sollten. Damit hoffte Stradal zugleich neue Frauenberufe zu schaffen, in denen Frauen nicht in Konkurrenz mit Männern traten. Dieses geschlechterpolare Modell hielt sie nicht davon ab, sich explizit für das Recht von Mädchen auf wissenschaftliche Bildung und damit für die Förderung ihrer Mittelschulausbildung einzusetzen. Wenn sie in diesem Zusammenhang die Verstaatlichung von Lehrerinnenstellen an privaten Mädchenmittelschulen forderte, dann betrieb sie Interessenspolitik für die Gruppe der Mittelschullehrerinnen, die nicht nur schlechter verdienten als ihre männlichen Kollegen, sondern auch von

den staatlichen Schulen ausgeschlossen waren. Hier wurde das Differenzmodell zur Waffe in der Geschlechterkonkurrenz, denn wenn man, so Stradal, den Lehrerinnenberuf „in allen Tonarten“ als „eigentlichen Frauenberuf“ dargestellt habe, um Frauen von den Männerberufen fernzuhalten, dann müsse man nun das Arbeitsfeld der Mädchenmittelschulen erhalten oder aber die für Mädchen geöffneten Knabenmittelschulen für weibliche Lehrkräfte öffnen.⁹¹

Hintergrund der von Stradal angesprochenen Situation war zum einen das staatliche Desinteresse an der Mädchenbildung bis zum Ende der Monarchie, zum anderen eine schulpolitische Entscheidung, die auf die kurze Phase der Koalition zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokratie bis in den Herbst 1920, namentlich auf den sozialdemokratischen Unterstaatssekretär Otto Glöckel, zurückging. Bis dahin hatten Mädchen nur als Externe oder als Schülerinnen privater Anstalten die Matura und damit den – von der Frauenbewegung lediglich schrittweise erkämpften – Hochschulzugang erreichen können. Die staatlichen Gymnasien waren Knaben vorbehalten. Das private Mädchenmittelschulwesen war im Wesentlichen aus Initiativen der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung aufgebaut worden – anders als die Knabenschulen erhielt es keine staatliche Förderung.⁹² Die Mädchenschulen, die sich zudem in wenigen Städten, insbesondere in Wien, konzentrierten, mussten daher höhere Schulgelder fordern als die staatlichen Schulen, konnten aber gleichwohl dem zumeist weiblichen Lehrpersonal nur deutlich geringere Gehälter zahlen.⁹³ Otto Glöckel hatte, um den Mädchen den gleichen Bildungszugang wie Knaben zu ermöglichen, mit der Öffnung der staatlichen Knabenmittelschulen für Mädchen begonnen. Die privaten Mädchenmittelschulen, durch die ökonomische Krise der Nachkriegszeit ohnedies in schwerer Bedrängnis, konnten allerdings mit dem geringeren Schulgeld der staatlichen Schulen nicht konkurrieren und vielen von ihnen drohte das Aus, wenn sie keine staatliche Subventionierung erlangen konnten.⁹⁴ Aus Kreisen der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung, wo man mit den Mädchenmittelschulen zentrale Projekte der vorangegangenen Jahrzehnte bedroht sah, aber auch aus den bürgerlichen Parteien wurde gegen die von der Sozialdemokratie befürwortete Koedukation differenztheoretisch argumentiert: die geschlechtergetrennte Erziehung sei ein wichtiges pädagogisches Erfordernis, Mädchen müssten aufgrund ihrer spezifischen Entwicklung durch Frauen erzogen werden.⁹⁵

Emmy Stradal ging in ihrer Rede mit der ideologisch aufgeheizten Frage pragmatisch um. Zum einen argumentierte sie ökonomisch, wenn sie meinte, die Mädchenmittelschulen seien ein wertvoller Apparat, dessen Aufbau viel Mühe und Geld gekostet habe. Ihn „zugrunde gehen zu lassen“, nur um dann dafür Ersatz finden zu müssen, sei unsinnig: „Einen solchen Luxus können wir uns in unserem armen Staate nicht leisten.“ Zum anderen hätten sich ihren Beobachtungen zufolge die „großen Befürchtungen“ hinsichtlich einer „Verderbnis der Jugend“ durch die

gemeinsame Erziehung nicht bewahrheitet. Zu befürchten sei nur, dass die Mädchen in den koedukativen Schulen durch die „einseitige männliche Erziehung“ „entweiblicht“ würden – daher werde die Unterrichtsverwaltung, wenn sie gemischte Schulen beibehalten wolle, sich „entschließen müssen, auch hier weibliche Lehrer anzustellen“.⁹⁶ Stradal vermied damit zum einen eine Attacke auf die sozialdemokratische Schulreform, zum anderen formulierte sie die Forderung nach der Anstellung von Lehrerinnen in gemischten Schulen und damit die Anerkennung der von ihrer Partei abgelehnten Koedukation nur im Konjunktiv. Dort wo sie ihre Partei hinter sich wusste, in der Frage der Säkularisierung des Schulwesens, streute Stradal der Sozialdemokratie dagegen am Ende ihrer Rede wortreich Rosen: „Unsere Partei begrüßt die Schulreform und findet in der Glöckelschen Schulreform den glücklichen Weg, in dieser Angelegenheit vorwärts zu kommen,“ denn so Stradal weiter, Erziehung dürfe „kein Mittel für klerikale Machtentfaltung“ sein.⁹⁷

Stradal fand mit ihrer Rede breite Zustimmung – nicht nur der ihr unmittelbar folgende sozialdemokratische Redner freute sich über ihr Lob der Schulreform,⁹⁸ auch die Rednerinnen der anderen beiden Parteien zum Thema sowie der zuständige Minister bezogen sich auf Stradal. Die Christlichsoziale Olga Rudel-Zeynek meinte, es sei bereits „in erschöpfender und sehr guter Weise“ über die Mädchenbildung gesprochen worden. Sie sei für die Unterstützung der Mädchenmittelschulen, verlange aber auch die Einbeziehung der Klostermädchenschulen.⁹⁹ Unterrichtsminister Walter Breisky ging ausführlich auf Stradals Forderungen ein. Er verwies zwar auf die finanziellen Beschränkungen, unterstützte aber ihre Resolution „allerwärmstens“.¹⁰⁰ Die Sozialdemokratin Therese Schlesinger schlug in vielen Punkten in dieselbe Kerbe wie Stradal,¹⁰¹ wenn sie von der Pflicht des Staates sprach, „seinen Bürgerinnen die gleichen Bildungsmöglichkeiten zu geben“. Sie rechnete die gravierenden Gehaltsunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Mittelschullehrern vor und forderte nicht nur die Verstaatlichung der Mädchenmittelschulen und die Anstellung weiblicher Lehrkräfte an den Staatsmittelschulen, sondern auch den Ausbau der „Sozialen Frauenschulen“, die Stradal ein so großes Anliegen waren. Schlesinger kritisierte Stradal zwar für ihre Ablehnung der beruflichen Konkurrenz zwischen den Geschlechtern. Gleichwohl, so führte sie aus, sei die Soziale Frauenschule aus vielen Gründen dringend nötig, da Frauen auch für eine Vielzahl von sozialen Berufen ausgebildet werden sollten, die es noch gar nicht gebe und die daher auch keine Konkurrenz für Männer darstellten. Angesichts der „Überflutung mit geistigen Arbeitern“ sei eine diesbezügliche Gefahr „nicht ohneweiteres von der Hand zu weisen“.¹⁰² Schließlich unterstützte auch der Spezialberichterstatter zum Thema, der christlichsoziale Realschulprofessor Dr. Emil Schneider, Stradals Resolution, die nach Abschluss der Debatte angenommen und an den Finanz- und Budgetausschuss verwiesen wurde.¹⁰³

Der Erfolg von Emmy Stradals erster Rede als Parlamentarierin hat eine Reihe von Hintergründen. Zum einen griff sie mit der Sozialen Frauenschule eine Initiative aus dem Kontext der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung auf. Für das von drei Wiener Schulen – darunter der traditionsreiche *Wiener Frauenerwerbsverein* – im Schuljahr 1920/21 versuchsweise gestartete Projekt lief Anfang 1921 ein Ansuchen um Öffentlichkeitsrecht.¹⁰⁴ Zum anderen schloss Stradal mit ihrer Forderung nach ausreichender Subventionierung der Mädchenmittelschulen an Proteste an, wie sie bereits zuvor von Seiten des *Bundes österreichischer Frauenvereine* gemeinsam mit Schulerhaltern, Eltern- und Lehrer/innenvertreter/innen formuliert worden waren.¹⁰⁵ Auch die Sozialdemokratin Therese Schlesinger hatte die Frage der Finanzierung der Mädchenmittelschulen ebenso wie die Forderung nach der Anstellung weiblicher Lehrkräfte an gemischten Schulen bereits in der vorangegangenen Parlamentssession in die Debatte eingebracht.¹⁰⁶ Stradals Partei, die GDVP, hatte sich programmatisch darauf festgelegt, dass Frauen „alle Bildungsmöglichkeiten“ und „alle Berufe“ bei gleichem Lohn und gleichen Aufstiegsmöglichkeiten offen stehen sollten. Angepasst an den spezifischen „Rhythmus“ der „weiblichen Entwicklung“ sollte dies in getrenntgeschlechtlicher Erziehung erreicht werden.¹⁰⁷ Schon Stradals erster parlamentarischer Antrag, im Jänner 1921 gemeinsam mit ihren Parteikollegen, den Lehrern Hans Angerer und Max Pauly, eingebracht, hatte daher der Unterstützung der Mädchenmittelschulen gegolten. Diese sollten durch staatliche Subventionierung in die Lage gebracht werden, die Gehälter der Lehrkräfte auf die Höhe der Bezüge an staatlichen Schulen anzuheben. Anfang Februar dem Ausschuss für Erziehung und Unterricht zugewiesen, hatte dieser Antrag die Zulassung der Mädchen zu Knabenschulen scharf kritisiert, da dadurch „die Existenz der Mädchenmittelschulen auf das äußerste gefährdet“ sei.¹⁰⁸ Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass Stradal wenige Wochen später nicht nur einen neuerlichen Antrag einbrachte, sondern sich in der Folge auch einige der sozialdemokratischen Positionen zur Schulfrage zu eigen machte. So nahm sie in ihrer Rede ganz davon Abstand, die Öffnung der Knabenschulen für die Situation der Mädchenmittelschulen verantwortlich zu machen, sondern sprach nur ganz allgemein von der schwierigen wirtschaftlichen Lage; auch ihre Entscheidung, im Resolutionsantrag die „Verstaatlichung“ dieser Schulen zu fordern, lässt sich als Referenz auf den vor dem Koalitionsbruch entwickelten sozialdemokratischen Plan zur Verstaatlichung ausgewählter Mädchenmittelschulen interpretieren. Die Signale, die Stradal damit in Richtung der SDAP sandte, waren deutlich, und Schlesinger ging wohl mit ihrer Zustimmung zur Forderung nach der Sozialen Frauenschule auf das Gesprächsangebot ein.

Ob die beiden Frauen ihre Vorgangsweise abgesprochen hatten oder ob die Kooperation in der Öffentlichkeit der Parlamentsdebatte begründet wurde, sie gewann jedenfalls in den kommenden Monaten zunehmend an Bedeutung. Auf par-

lamentarischer Ebene war es Stradal, die anlässlich der Abänderung des Schulaufsichtsgesetzes für Niederösterreich die Bereitschaft der Großdeutschen zur Kooperation in schulpolitischen Fragen nochmals deutlich machte, wenn sie im Plenum erläuterte, warum ihre Partei im Erziehungsausschuss gemeinsam mit der SDAP den Wunsch nach Vertretern der Religionsgemeinschaften im Wiener Stadtschulrat zurückwies.¹⁰⁹ Doch sie war auch bereit, in ihrer eigenen Partei den Kampf aufzunehmen, was sie Anfang Juni 1921 – kurz vor dem großdeutschen Parteitag – zeigte. Gemeinsam mit der Sozialdemokratin Therese Schlesinger und mit Mitgliedern des *Bundes Österreichischer Frauenvereine* forderte Stradal bei einer öffentlichen Versammlung die Anstellung weiblicher Lehrerinnen an den staatlichen Mittelschulen.¹¹⁰ Dies war in der stark von Beamten und Lehrern getragenen GDVP alles andere denn konsensual. Das ideologische Argument lautete, dass durch weibliche Lehrkräfte für Buben eine Verweichlichung und Schädigung der „männlichen Erziehung“ drohe – die Furcht vor Konkurrenz der weiblichen Lehrerinnen mag dahinter gestanden haben.¹¹¹ Beim großdeutschen Parteitag trug Stradal die Anträge der Frauenorganisation zur Mädchenbildung vor. Um ihr Programm zu legitimieren, setzte sie auf zentrale ideologische Paradigmen ihrer Partei. So meinte sie, wenn es nicht gelinge, das Mittelschulstudium der Mädchen ausreichend staatlich zu finanzieren, würden zum einen die Klöster den Bereich verstärkt übernehmen, zum andern seien es dann nur mehr „die jüdischen Mädchen begüterter Familien“, die private Schulen besuchen könnten.¹¹² Nach dieser antiklerikalen und antisemitischen Positionierung formulierte sie eben jene Forderung, die sie bei ihrer Rede im März wohl aus Gründen der Parteiräson noch nicht in ihren Antrag integriert hatte: die Anstellung von „mindestens eine[r] Frau“ an Mittelschulen,¹¹³ wo Mädchen aufgenommen wurden. Dies führte zu einer heftigen Debatte, in der Stradal realpolitisch argumentierte: Unbeschadet der grundsätzlichen Zielsetzung einer getrennten Erziehung sei die Anwesenheit von Mädchen an staatlichen Knabenschulen nunmehr ein Faktum und daher gelte es mit der Forderung nach der Anstellung von Lehrerinnen zu reagieren. Aufgrund der Auseinandersetzung wurde dieser Punkt gesondert abgestimmt und gewann – anders als die anderen frauenpolitischen Forderungen – nicht mit Einstimmigkeit, aber doch mit einer Mehrheit der Delegiertenstimmen.¹¹⁴

Als sich Stradal anlässlich einer weiteren Budgetdebatte im Dezember 1921 nochmals ausführlich zur Frage der Mädchenmittelschulen im Parlament zu Wort meldete und die zähen Verhandlungen im Hinblick auf deren Subventionierung beklagte, forderte sie zum ersten Mal auch explizit die Aufnahme weiblicher Lehrkräfte an Knabenmittelschulen: „Es ist also eine ganz selbstverständliche und logische Forderung, daß mit der Aufnahme weiblicher Schüler auch die Aufnahme weiblicher Lehrer in den Lehrkörper Hand in Hand gehen muß.“¹¹⁵ Einige Monate

später, im März 1922, formulierte Therese Schlesinger in einem neuerlichen Antrag nochmals die sozialdemokratischen Forderungen in dieser Frage. Gemeinsam mit Gabriele Proft und Marie Tusch verlangte sie die „Verstaatlichung von mindestens drei Mädchenmittelschulen in Wien und von zwei in den Bundesländern“ sowie die Anstellung weiblicher Lehrkräfte an den Mädchen zugänglichen Knabenmittelschulen.¹¹⁶

Die Anträge Stradal und Schlesinger zur Mädchenmittelschulbildung wurden im Ausschuss für Erziehung und Unterricht unter dem Vorsitz des Großdeutschen Angerer in der Folge gemeinsam verhandelt und mündeten im Juli 1921 in einen Antrag, den Schlesinger als Berichterstatterin unterzeichnete. Vertreterinnen der Lehrkräfte der privaten Mädchenmittelschulen seien an die Unterrichtsverwaltung herantreten und hätten anstelle der Verstaatlichung einzelner Schulen die allmähliche Verstaatlichung aller Schulen durch erhöhte Subventionierung verlangt. Sie habe sich „diesen Wünschen akkommodiert“ und unterstütze daher den diesbezüglichen Antrag von Emmy Stradal. Zugleich bedinge, wie sie dies in ihrem eigenen Antrag formuliert hatte, die Anwesenheit von „Schülern beiderlei Geschlechts“ an staatlichen Mittelschulen, dass dort Stellen für weibliche Lehrkräfte geschaffen würden. Der Ausschuss habe sich dieser Forderung angeschlossen und sie in seinen Antrag aufgenommen. Dieser begehre nunmehr sowohl die sukzessive Verstaatlichung der Mädchenmittelschulen durch Übernahme dort wirkender Lehrkräfte in den Staatsdienst, als auch die Systemisierung von Lehrstellen für weibliche Lehrkräfte an staatlichen Mittelschulen.¹¹⁷ Im Plenum erläuterten Schlesinger, Stradal und die christlichsoziale Abgeordnete Olga Rudel-Zeynek den Antrag, der in der Folge ohne weitere Debatte angenommen wurde.¹¹⁸

Die Umsetzung des Programms ging allerdings nur schleppend voran. Denn als ein Jahr später, im Juni 1923, der Bundesvoranschlag verhandelt wurde, klagte Therese Schlesinger, dass nur ein Teil der Lehrerinnen in den Bundesdienst übernommen worden sei und auch die Subventionierung der Mädchenmittelschulen weit hinter den Notwendigkeiten zurückblieb.¹¹⁹ Emmy Stradal wies indes auf die Erfolge der „parlamentarische[n] Frauenarbeit“ hin, die doch erreicht habe, dass die Verstaatlichung der Mittelschullehrerinnen nicht ganz eingeschlafen sei.¹²⁰ Diese Relativierung von Schlesingers Kritik kann man der „Parteiloyalität“ der bürgerlichen Politikerin zuschreiben.¹²¹ Ihre Reaktion könnte allerdings auch als Hinweis auf ihren spezifischen Politikstil interpretiert werden, der von prinzipiellen Positionen ebenso wie von pragmatischen Strategien, von hartnäckig wiederholten Forderungen wie eben auch von performativer Rede gekennzeichnet war. Als Stradal wenige Wochen nach dem Wortwechsel im Parlament im Parteiblatt *Deutsche Zeit* nochmals zur Mädchenbildung Stellung nahm, beschwor sie den Erfolg und ließ zugleich die Verzögerungen und Widerstände durchblicken, wenn sie meinte, die „endli-

che Übernahme der Lehrkräfte an den privaten Mädchenmittelschulen durch den Bund“ sei „in absehbarer Zeit zu erwarten“, womit eine „alte und schwere Schuld“ ausgelöst werde.¹²² An den versöhnlichen Beginn schloss sie allerdings die Wiederholung uneingelöster Forderungen, die sie mit deutlicher Spitze gegen die männliche Lehrerschaft formulierte, wenn sie vom „Unrecht“ sprach, das Frauen durch das „Hinausdrängen aus dem Beruf“ geschehe:

„Furcht vor Konkurrenz hat es bisher zu verhindern gewußt, daß an den Mittelschulen mit gemischten Schülern Lehrerinnen unterrichten. Man verschließt die Augen vor der offenbaren Ungerechtigkeit und vor dem Widersinn, daß die Mädchen wohl als Schülerinnen die Mittelschule besuchen dürfen, in die sie aber als Lehrerinnen in Zukunft keinen Zutritt haben.“¹²³

Die staatlichen Schulen blieben damit auch pädagogisch hinter dem in den Mädchenmittelschulen längst Erreichten zurück, wo man die Kooperation von Lehrerinnen und Lehrern als positiv empfand. Doch Stradal ging darüber hinaus und verlangte, dass Frauen endlich auch Anteil an der Schulaufsicht erhielten. Frauen hätten nicht nur die Kompetenz dazu, es stünde ihnen schon aus Gründen der Gleichberechtigung zu.¹²⁴ Als Stradal wenige Tage später ihren Text fortsetzte und die unabwendbare Notwendigkeit darlegte, dass Mädchen einen Beruf erlernten, kam sie auf die Forderung nach einer weiblichen Schulaufsicht nochmals „laut und dringend“ zurück und meinte, die Ernennung einer weiblichen Schulinspektorin werde wohl „keine nennenswerten Kosten“ verursachen – und wenn dem anders sei, dann dürfe an dieser Stelle „aus Ersparnisrücksichten nicht Halt gemacht werden“. Nur wenn Frauen mitentscheiden könnten, könne die Schulreform gelingen.¹²⁵ Die Distanz, in der diese Formulierungen zur offiziellen Parteiposition standen, lässt sich nicht zuletzt anhand der Verhandlungen des Landesfrauentages für Wien und Niederösterreich kurz zuvor ermessen, bei dem der „Abbau weiblicher Lehrkräfte“ zwar beklagt, aber doch anerkannt wurde, „dass in erster Linie die Existenz der Familienerhalter zu schützen“ sei, während es gelte, „Frauen wieder ihrem ureigensten Berufe als Hausfrau und Mutter zuzuführen“.¹²⁶

Geschlechterpolitische Agenda im völkischen Kontext

Am Beispiel von Emmy Stradals Auseinandersetzung mit Fragen der höheren Schulbildung für Mädchen lässt sich die Entwicklung von bildungspolitischen Positionen exemplarisch zeigen, es werden aber auch die Handlungsräume deutlich, die sich eine bürgerliche Politikerin in den ersten Jahren der Ersten Republik erschließen

konnte. Dabei ist nicht zuletzt von Interesse, dass hier eine deutschnationale Abgeordnete Forderungen der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung aufgriff und mit Vehemenz an ihrer Umsetzung arbeitete. Der Rahmen, in dem sie all dies argumentierte, war freilich eine antisemitisch begründete Ideologie der ‚Volksgemeinschaft‘. Und so gilt es auch festzuhalten, dass ihre in einer Reihe von Nachrufen konstatierte Fähigkeit, über die Parteigrenzen hinweg Bündnisse zu schließen,¹²⁷ nur im Kontext einer Gesellschaft zu verstehen ist, in der Antisemitismus eine weithin geduldete Haltung war. Mit Stradals Bereitschaft, auch außerhalb der eigenen Partei Allianzen zu suchen, ist gleichwohl eine zentrale Bedingung für ihre Erfolge benannt. Sie wusste damit nicht nur parlamentarische Mehrheiten zu gewinnen, sie setzte sich mit dieser Strategie auch in der eigenen Partei durch. Am Beispiel der Mädchenbildung wird aber ebenso die Kehrseite ihrer bisweilen erstaunlichen parlamentarischen Erfolge deutlich: Sie blieben – wie im Fall der Forderung nach Anstellung weiblicher Lehrerinnen in staatlichen Schulen – oft ohne Konsequenzen. An der hartnäckigen Wiederholung der vom Parlament schon angenommenen Forderungen erwies sich die relative Machtlosigkeit weiblicher Politikerinnen.

Die deutsche Reichstagsabgeordnete Klara Mende sollte Stradal als „eine gute Rednerin, eine fleißige Arbeiterin im Parlament“ würdigen.¹²⁸ Wenn sie damit zentrale Eigenschaften der Politikerin Emmy Stradal benannte, so verwies sie mit der Formulierung doch auch auf eine Grenze, an die die erste Generation von Parlamentarierinnen immer wieder stieß – „fleißig“ im Recherchieren von Problemen, die einer Lösung harrten, auch gewitzt im Erkunden dessen, was politisch machbar war, das waren Emmy Stradal und ihre Kolleginnen im Parlament zweifelsohne, doch Macht, ihre Agenda auch gesellschaftlich durchzusetzen, hatten sie nur wenig. Die Rahmenbedingungen, unter denen die neuen Politikerinnen nach dem Ersten Weltkrieg agierten, waren über Parteigrenzen hinweg von einer Reihe struktureller Gemeinsamkeiten gekennzeichnet. Inwiefern sie auch vergleichbare Strategien entwickelten, damit umzugehen, gilt es noch genauer zu erforschen. Die Analyse formaler und informeller Netzwerke wird dabei ebenso eine Rolle spielen müssen wie die Untersuchung spezifischer Kommunikationsstrategien. Nicht zuletzt sollte es darum gehen, die jeweilige geschlechterpolitische Agenda nicht isoliert zu betrachten, sondern im Kontext der umfassenderen Programmatik der jeweiligen Partei zu interpretieren – das hier vorgestellte Beispiel der Reformulierung von Forderungen der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in völkisch-antisemitischen Kontexten sollte dies deutlich gemacht haben.

Anmerkungen

- 1 Dieser Text knüpft an Fragen an, die ich zum Teil bereits in früheren Publikationen zu deutsch-nationaler Geschlechterpolitik thematisiert habe, vgl. Johanna Gehmacher, ‚Völkische Frauenbewegung‘. Deutschnationale und nationalsozialistische Geschlechterpolitik in Österreich, Wien 1998; dies., Mutter/Beruf. Deutschnationale und nationalsozialistische Debatten um Mutterpflichten und Frauenberufe, in: Gudrun Perko, Hg., Mutterwitz. Das Phänomen Mutter – eine Gestaltung zwischen Ohnmacht und Allmacht, Wien 1998, 117–139. Viele dieses Projekt betreffende Fragen habe ich mit Gabriella Hauch diskutiert, der ich für eine Vielzahl von Hinweisen in diesem Zusammenhang zu Dank verpflichtet bin, vgl. zu Emmy Stradal auch Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919–1933, Wien 1995, 337–340; für eine Kurzdarstellung: Österreichisches biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 13 (Lfg. 61, Wien 2009), 340 f.
- 2 Archiv der Republik (AdR), GDVP-Archiv Kt. 42, R I–15–101, Rudolf Zarboch an Felix Frank, 11.9.1925; August Wotawa an Felix Frank, 2.10.1925.
- 3 Stradal hatte für Wien West am ersten, für Wien Südwest am zweiten Listenplatz ihrer Partei kandidiert. In Wien hatte die GDVP noch zwei weitere Frauen, Lotte Furegg und Zenzi Sild, aufgestellt, sonst bundesweit nur Männer, vgl. Die Listen der Großdeutschen Volkspartei, in: Deutsche Zeit vom 18. September 1923, 1 f.
- 4 Dr. Mizzi Schneider, Was wir Frauen verloren haben. Über Emmi Stradal, in: Deutsche Zeit vom 4. Dezember 1923, 3 und vom 7. Dezember 1923, 3.
- 5 Frauenleben, in: Deutsche Zeit vom 6. November 1925, 7.
- 6 Für diese Forschungsperspektive vgl. Julie Gottlieb/Richard Toye, Hg., The aftermath of suffrage. Women, gender, and politics in Britain, 1918, Basingstoke 2013; Hauch, Frauenstandpunkt; Gisela Riescher, Politisches Vertrauen. Weibliche Abgeordnete in der Weimarer Republik, in: Stefan Kramer u. a., Hg., Staat in Unordnung? Geschlechterperspektiven auf Deutschland und Österreich zwischen den Weltkriegen, Bielefeld 2011, 47–60.
- 7 In diese Richtung argumentiert Gisela Bock, Wege zur demokratischen Bürgerschaft. Transnationale Perspektiven, in: dies., Geschlechtergeschichten der Neuzeit. Ideen, Politik, Praxis, Göttingen 2014, 204–258, 209; vgl. Birgitta Zaar, Vergleichende Aspekte der Geschichte des Frauenstimmrechts in Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Österreich, Deutschland und Belgien, 1860–1920, Univ.-Diss. Wien 1994.
- 8 Vgl. Christoph Tepperberg, Totalisierung des Krieges und Militarisierung der Zivilgesellschaft. Militärbürokratie und Militärjustiz im Hinterland. Das Beispiel Wien, in: Alfred Pfoser/Andreas Weigl, Hg., Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg, Wien 2013, 264–273.
- 9 Ausgeschlossen waren bis 1923 Frauen, die wegen „gewerbsmäßiger Unzucht“ vorbestraft waren oder unter „sittenpolizeilicher Überwachung“ standen, vgl. Hauch, Frauenstandpunkt, 65.
- 10 Diese kam in der gering bleibenden Zahl weiblicher Parlamentarierinnen wie auch in der männlichen Exklusivität aller Regierungen zum Ausdruck, vgl. Hauch, Frauenstandpunkt; Birgitta Zaar, Frauen und Politik in Österreich, 1890–1934. Ziele und Visionen, in: David F. Good/Margarethe Grandner/Mary Jo Maynes, Hg., Frauen in Österreich. Beiträge zu ihrer Situation im 20. Jahrhundert, Wien u. a. 1994, 48–76.
- 11 Unsere Obfrau – tot!, in: Die deutsche Frau. Mitteilungen des Verbandes deutscher Frauen „Volksgemeinschaft“ vom 11. Dezember 1925, 1.
- 12 Mein Dank gilt Dr. Hulda Stradal und Irmgard Heinz für die Möglichkeit zur Einsichtnahme in dieses Material.
- 13 Dass die wenigen im Nachlass vorliegenden Texte nur einen Bruchteil von Stradals Werken darstellen, darauf verweisen Titelnennungen in Nachrufen, z. B. in NL Stradal 9, In Memoriam Emmy Stradal.
- 14 Zu den parlamentarischen Kontexten dieser Agenda vgl. Gabriella Hauch, Oszillierende Allianzen – Die ersten Parlamentarierinnen und die höhere Mädchenbildung, in: dies., Frauen bewegen Politik. Österreich 1848–1938, Innsbruck u. a. 2009, 171–180.
- 15 Für Überlegungen zu neueren biografischen Zugriffen in den Geschichtswissenschaften vgl. zuletzt Thomas Etzemüller, Biographien. Lesen – erforschen – erzählen, Frankfurt am Main 2012.

- 16 NL Stradal 17, Auszug aus dem Familienbuch der Familie Stradal. Emil Pindter, Journalist in Berlin und Agent der Wiener Regierung, der über das Umfeld Bismarcks berichtete, war ab 1872 Chefredakteur der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und 1876 Gründungsmitglied der Deutschkonservativen Partei, vgl. Bernd Söseemann, „Pindter, Emil Johann Alois Friedrich“, in: Neue Deutsche Biographie 20 (2001), 450 f., <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118641670.html> (4.8.2014).
- 17 Adalbert Stradal stammte aus Rumburg/Rumburk in Nordböhmen, hatte in Reichenberg/Liberec die Realschule besucht und in Prag Hoch- und Tiefbau studiert. Mündliche Mitteilung von Dr. Hulda Stradal.
- 18 NL 4, Einladung 8.2.1896; vgl. Ad. G. Stradal, k. k. Ober-Ingenieur im Ministerium des Innern. Bautechnische Studien anlässlich des Laibacher Erdbebens, in: Zeitschrift des österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines 1896/17; 1896/18. Die Fabrik für chemische Farben der Brüder Ecker hatte sich auf wetterfeste Industrielacke spezialisiert und Adalbert Stradals Bericht über „neue Beton-Eisenkonstruktionen“ berührte ihre wirtschaftlichen Interessen, vgl. Werner Kohl, Brüder Ecker. Fabrik für chemische Farben, http://www.althofen.at/AvW_Museum/Geschichte_der_Chemie/Brueder%20Ecker%20Geschichte.pdf (8.7.2014).
- 19 Als Wohnadresse ist am Totenschein 1130, Steckhofengasse 22 angegeben, vgl. NL 13/2, Totenschein.
- 20 NL Stradal 17, Auszug aus dem Familienbuch der Familie Stradal.
- 21 Ebd.
- 22 NL Stradal 16, Emmy Stradal an Adele Ecker („Mammy“), 30.6.1910.
- 23 Adele Ecker, geboren 1888, war Bankbeamtin, dann Verlagssekretärin bei den Wiener Neuesten Nachrichten, vgl. Die Deutsche Frau vom 15. Juni 1937, 1. Ab 1923 wurde sie als großdeutsche Politikerin sichtbar, so etwa als stellvertretende Obfrau des Landesfrauenausschusses Wien/Niederösterreich, vgl. Deutsche Zeit vom 20. April 1923, 7; ab 1926 als Gemeinderätin, vgl. Die Deutsche Frau vom 23. April 1926, 2; und Mitglied des Reichsfrauenausschusses der GDVP, vgl. AdR, GDVP 35; und 1931 als Mitglied der Landesparteileitung der GDVP, vgl. AdR, GDVP 23/31. Sie trat in den 1930er Jahren der NS-Frauenschaft bei, vgl. BA III Z, Aufnahmeerklärung NS-Frauenschaft Adele Ecker.
- 24 Zum Beispiel Sophie Waydhoff, Großmutter zerrissener Rock, in: Die Deutsche Frau. Mitteilungen des Verbandes deutscher Frauen „Volksgemeinschaft“ vom 6. Jänner 1925; Emmy Stradal, Im Spiegel. Novelle, in: Die Deutsche Frau. Österreichische illustrierte Monatsschrift, April 1934, 80 f.
- 25 NL Stradal 9, In Memoriam Emmy Stradal.
- 26 Emmy Stradal, Feengeschenke, in: Wiener Neueste Nachrichten vom 21. November 1935, 2.
- 27 NL Stradal 7, Begegnung. Meiner Schwester Adele geschildert zum 27.5.1927.
- 28 Zum Beispiel NL Stradal 10, Königin von Gottes Gnaden. Schauspiel (Fragment); NL Stradal 2, Legende (Torheit der Liebe); NL Stradal 3, Die tote Prinzessin.
- 29 NL Stradal 12, Selma. Roman von Sophie Waydhoff (Emmy Stradal), ms. Romanmanuskript mit hs. Korrekturen, 232 Seiten.
- 30 NL Stradal 9, In Memoriam Emmy Stradal.
- 31 Ebd.
- 32 Neben der breiter bekannten Lou Andreas-Salomé und Nietzsches langjähriger Gönnerin Meta von Salis waren dies u. a. politisch und biografisch so unterschiedlich positionierte Frauen wie Hedwig Dohm, Malwida von Meysenbug, Franziska zu Reventlow, Ricarda Huch, Ellen Key, Helen Böhlau, Helene Stöcker oder Lily Braun, vgl. Cornelia Pechota Vuilleumier: „Ihr hattet euch noch nicht gesucht: da fandet ihr mich.“ Nietzsches Einfluss auf schreibende Frauen des Fin de siècle, in: Renate Reschke, Hg., Frauen: Ein Nietzsche-Thema? – Nietzsche: Ein Frauenthema?, Berlin 2012, 13–29, 13 f.
- 33 Ebd., 16, 27.
- 34 Ebd., 20.
- 35 Ebd., 17.
- 36 Heide Schlüppmann, Nietzsche-Rezeption in der alten Frauenbewegung. Die sexualpolitische Konzeption Helene Stöckers, in: Reschke, Frauen, 75–90, 81, 87 f.
- 37 Zit. nach: ebd., 90.
- 38 NL Stradal 12, Selma, 55, 80.
- 39 Ebd., 125.

- 40 Ebd., 156.
- 41 Ebd., 100.
- 42 Ebd., 120.
- 43 Ebd., 101.
- 44 Ebd., 14 f.
- 45 Ebd., 60.
- 46 Ebd., 91.
- 47 Ebd., 14.
- 48 Ebd., 101.
- 49 Ebd., 69.
- 50 Ebd.
- 51 So zum Beispiel Ellen Olestjerne in Franziska zu Reventlows gleichnamigem Roman, vgl. Vuilleumier, „Ihr hattet ...“, 17.
- 52 NL Stradal 12, Selma, 125, 139 f.
- 53 Ebd., 231 f.
- 54 NL Stradal 12, Selma, 101.
- 55 Margarete Miltschinsky, Frau Emmy Stradal, in: Wiener Neueste Nachrichten vom 27. November 1925; vgl. auch die Trauerrede des Parteivorsitzenden August Wotawa: NL Stradal 11, Gedenkbuch Emmy Stradal.
- 56 AdR, BM für Finanzen, AP 164/25, Pensionsakt Ing. Adalbert Stradal, Hofrat i.R.
- 57 Gesetzlicher Hintergrund dafür war das Verbot der Mitgliedschaft von Frauen in politischen Vereinen seit dem Vereinsrecht von 1849 respektive dem Staatsgrundgesetz 1867, gegen das Frauenrechtsaktivistinnen ab den 1890er Jahren vehement, aber bis 1918 erfolglos protestierten. Grundlegend dazu: Gabriella Hauch, „Arbeit, Recht und Sittlichkeit“. Die Frauenbewegung als politische Bewegung, in: dies., Frauen bewegen Politik. Österreich 1848–1938, Innsbruck u. a. 2009, 23–60; Zaar, Frauen und Politik. Zur Debatte um die politische Organisierung in der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung nach 1918; vgl. Johanna Gehmacher, Wenn Frauenrechtlerinnen wählen können ... Frauenbewegung, Partei/Politik und politische Partizipation von Frauen, in: Johanna Gehmacher/Natascha Vittorelli, Hg., Wie Frauenbewegung geschrieben wird. Historiographie, Dokumentation, Stellungnahmen, Bibliographien, Wien 2009, 135–180.
- 58 Herbert Dachs, Das Parteiensystem, in: Emmerich Tálos u. a., Hg., Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 143–159, 158.
- 59 Für einen knappen Überblick zur GDVP vgl. Thomas Dostal, Die Großdeutsche Volkspartei, in: ebd., 195–206.
- 60 Das „Salzburger Programm“ der Großdeutschen Volkspartei, 1920, in: Klaus Berchtold, Hg., Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Wien 1967, 437–482, 482.
- 61 Zu den Prinzipien großdeutscher Frauenpolitik vgl. Gehmacher, „Völkische Frauenbewegung“, 41–45; zum Modell Hauswirtschaftskammer vgl. ebd., 53–58.
- 62 AdR, GDVP 33, Parteitag der Nationaldemokratischen Partei, 26.6.–29.6.1920.
- 63 AdR, GDVP 39, Zusammensetzung der Reichsparteileitung (1921/22).
- 64 Schneider, Was wir Frauen verloren haben, in: Deutsche Zeit vom 7. Dezember 1923, 3.
- 65 AdR, GDVP 33, Parteitag der Nationaldemokratischen Partei, 26.6.–29.6.1920.
- 66 AdR, GDVP 21, 4. Landesparteitag der GDVP, 30.3.1924.
- 67 AdR, GDVP 39, Zusammensetzung der Reichsparteileitung (1925).
- 68 AdR, BMInn. 165.286–7/1921/15/4, Verband deutscher Frauen „Volksgemeinschaft“.
- 69 AdR, BMInn/Unt 18555/1923 (15/4) Reichsverband deutscher Frauenvereine in Österreich.
- 70 Die deutsche Frau. Mitteilungen des Verbandes deutscher Frauen „Volksgemeinschaft“ vom 18. April 1924, 1 und vom 5. Mai 1925, 1.
- 71 Hauch, Frauenstandpunkt, 267. Furrer rückte erst im April 1923 wieder als „Ersatzmann“ (für den verstorbenen Friedrich Waneck) nochmals in den Nationalrat ein, vgl. Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich 1920 bis 1923 (III. Session), Wien 1923, Index 160, 413.
- 72 AdR, GDVP 33, Parteitag der Nationaldemokratischen Partei, 26.6.–29.6.1920.
- 73 Hauch, Frauenstandpunkt, 98.

- 74 Dies gilt 1920 neben Stradal auch für die Sozialdemokratin Adelheid Popp, vgl. ebd.
- 75 Stenographische Protokolle, III. Session, Index 379. Als „Ersatzmann“ wurde Stradal für den außerordentlichen Kabinettsrat, für den Ausschuss für Erziehung und Unterricht, für den Finanz- und Budgetausschuss, für den Justizausschuss sowie für das Kuratorium des Kriegsgeschädigtenfonds geführt.
- 76 Ebd., 27. Sitzung, 14.3.1921, 1031–1033; 29. Sitzung, 14.7.1921, 1839–1841; 175. Sitzung, 27.3.1923, 5403 f.
- 77 Ebd., Resolutionsantrag betr. die Erhöhung der Zuwendungen an die Kleinrentner anlässlich der Einziehung der Kriegsanleihe, 198. Sitzung, 20.6.1923, 6141, 6169 (angenommen).
- 78 Ebd., 156. Sitzung, 6.12.1922, 4980 f.
- 79 Ebd., Resolutionsantrag betr. die Unterstützung der Ferienerholungsaktionen für gesundheitlich geschädigte Kinder aus Bundesmitteln, sowie Resolutionsantrag betr. die ausschließliche Verwendung des Erlöses aus der Ausgabe der Wohltätigkeitsgastmarken für Zwecke der Jugend- und Tuberkulosefürsorge, 198. Sitzung, 20.6.1923, 6169 (beide angenommen).
- 80 Ebd., 106. Sitzung, 5.5.1922, 3530–3533.
- 81 Ebd., 84. Sitzung, 26.1.1922, 2993–2996.
- 82 Zum Vertrag von Lana, der mit den Stimmen der Christlichsozialen und der Sozialdemokrat/inn/en ratifiziert wurde, vgl. Erich Zöllner, *Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Wien 1984, 503.
- 83 Stenographische Protokolle, III. Session, 27. Sitzung, 14.3.1921.
- 84 Vizekanzler a.D. Dr. Felix Frank, Ehereform, in: *Großdeutsche Nachrichten. Mitteilungen für die Ortsgruppen der Großdeutschen Volkspartei 18 (Jänner 1925)*.
- 85 Emmy Stradal, Frauenschutz und Mutterschutz, in: *Deutsche Zeit vom 12. Februar 1924*, 1.
- 86 Stenographische Protokolle, III. Session, 25. Sitzung, 11.3.1921, 887–891.
- 87 Ebd., 887 f.
- 88 Ebd., 891.
- 89 Ebd., 887.
- 90 Ebd., 889.
- 91 Ebd., 888 f.
- 92 Grundlegend zu diesen Fragen Gertrud Simon, *Hintertreppen zum Elfenbeinturm. Höhere Mädchenbildung in Österreich. Anfänge und Entwicklungen*, Wien 1993; vgl. auch: Irene Bandhauer-Schöffmann, *Frauenbewegung und Studentinnen. Zum Engagement der österreichischen Frauenvereine für das Frauenstudium*, in: Waltraud Heindl/Marina Tichy, Hg., „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück ...“ *Frauen an der Universität Wien (ab 1897)*, Wien 1990, 49–78.
- 93 Therese Schlesinger hatte auf die gravierenden Gehaltsdifferenzen bereits 1919 in der Konstituierenden Nationalversammlung hingewiesen, vgl. Hauch, *Frauenstandpunkt*, 210.
- 94 In ihrem Antrag betreffend die staatliche Subvention der österreichischen Mädchenmittelschulen legten Emmy Stradal und ihre Mitantragsteller diese Situation ausführlich dar, vgl. Stenographische Protokolle, III. Session, 166 der Beilagen.
- 95 Simon, *Hintertreppen*, 218.
- 96 Stenographische Protokolle, III. Session, 25. Sitzung, 11.3.1921, 888 f.
- 97 Ebd., 890 f.
- 98 Ebd., 891.
- 99 Ebd., 897.
- 100 Ebd., 899.
- 101 Zu Therese Schlesinger vgl. Gabriella Hauch, *Therese Schlesinger, geb. Eckstein (1863–1940). Schreiben über eine Fremde*, in: dies., *Frauenbewegen Politik. Österreich 1848–1938*, Innsbruck u. a. 2009, 249–267.
- 102 Stenographische Protokolle, III. Session, 25. Sitzung, 11.3.1921, 902–905.
- 103 Ebd., 933 f.
- 104 Simon, *Hintertreppen*, 223.
- 105 Ebd., 218.
- 106 Stenographische Protokolle, III. Session, 25. Sitzung, 11.3.1921, 903; vgl. Hauch, *Frauenstandpunkt*, 210.
- 107 Berchtold, *Parteiprogramme*, 453; GDVP Rednermaterial 19, *Frauenfragen*, 5 f.

- 108 Stenographische Protokolle, III. Session, Antrag betreffend die staatliche Subvention der österreichischen Mädchenmittelschulen (166 der Beilagen), 25.1.1921; Ebd., 15. Sitzung, 10.2.1921, 429.
- 109 Ebd., 33. Sitzung, 14.4.1921, 1299 f.
- 110 Mädchenerziehung an Knabenschulen, in: Arbeiter-Zeitung vom 12. Juni 1921, 7. Der Artikel hebt die Bedeutung der Anwesenheit der bürgerlichen Politikerin Stradal durch den Hinweis hervor, dass die christlichsoziale Bundesrätin Berta Pichl ihre zugesagte Teilnahme kurzfristig wieder abgesagt habe.
- 111 Ausführlicher zu dieser Auseinandersetzung vgl. Gehmacher, „Völkische Frauenbewegung“, 88 f.
- 112 Die Verhandlungen des zweiten Reichsparteitages der großdeutschen Volkspartei, Wien am 27. und 28. Juni 1921, Wien 1921, 71 f.
- 113 Ebd.
- 114 Ebd.
- 115 Stenographische Protokolle, III. Session, 74. Sitzung, 12.12.1921, 2541–2543.
- 116 Ebd., Antrag auf Förderung des weiblichen Mittelschulstudiums (810 der Beilagen), 9.3.1922.
- 117 Ebd., Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über den Antrag der Abgeordnete Schlesinger, Tusch, Proft und Genossen (810 der Beilagen) auf Förderung des weiblichen Mittelschulstudiums, und den Antrag der Abgeordneten Emmy Stradal, Dr. Angerer, Pauly und Genossen (166 der Beilagen) Antrag auf Förderung des weiblichen Mittelschulstudiums (810 der Beilagen), betreffen die staatliche Subvention der österreichischen Mädchenmittelschulen, 1092 der Beilagen, 7.7.1922.
- 118 Ebd., 126. Sitzung, 14.7.1922, 4069–4072; vgl. Hauch, Oszillierende Allianzen, 171–180.
- 119 Ebd., 190. Sitzung, 6.6.1923, 5755. Eine Bezifferung der Nichterfüllung war hier aufgrund der raschen Geldentwertung nicht möglich. Schon im beschlossenen Antrag hatte man deshalb auf die Nennung einer Summe verzichtet.
- 120 Ebd., 190. Sitzung, 6.6.1923, 5762.
- 121 Hauch, Frauenstandpunkt, 219.
- 122 Abg. Emmy Stradal, Zur Frage der höheren Mädchenbildung, in: Deutsche Zeit vom 6. Juli 1923, 6 f.
- 123 Ebd.
- 124 Ebd.
- 125 Abg. Emmy Stradal, Zur Frage der höheren Mädchenbildung (Schluß), in: Deutsche Zeit vom 13. Juli 1923, 7.
- 126 3. Landesfrauentag für Wien und Niederösterreich, in: Deutsche Zeit vom 20. April 1923, 6.
- 127 NL Stradal 11 Gedenkbuch/8: Frau Emmy Stradal; Dr. Maria Schneider, Frau Emmy Stradal, in: Deutsche Zeit vom 27. November 1925, 1.
- 128 NL Stradal 11 Gedenkbuch/28: Klara Mende, Mitglied des Reichstages: Emmy Stradal.